

Bezugspreis

für Halle einschließlich des postmässigen Aufschlages 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausser Aufschlaggebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnisse unter 'Saale-Zeitung' eingetragen. Für anvertraute eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Redaktions- und Druckereianzeige: 'Saale-Bl.' gelistet. Preisänderer der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1135; Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I., Leipzig Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweihundertzweiter Jahrgang.



Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber dem Raum mit 30 Pfg. jede aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Reflektieren die Seite 75 P. Ercheint wöchentlich einmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Redaktion und Druck: Geschäftsstelle Halle, Gr. Ulrichstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle Gr. Ulrichstraße 63, I., Leipzig Nr. 590 u. 591

Nr. 155.

Halle a. S., Mittwoch, den 1. April

1908.

Der Geldbeutel des Diplomaten.

Der Heizer an der offiziellen Dementiermaschine in der Wilhelmstraße hatte am Montag keine glückliche Hand, als er das Befehlsungswort an der Nordd. Allg. Ztg. aufrief, um urbi et orbi zu verkünden, daß der deutsche Kaiser dem amerikanischen Botschafter Towner zu verstehen gegeben, Herr Hill, der in Washington für Berlin ausersendete Botschafter, werde sich in Berlin schmertlich, „wo hi hien“. Das Dementi wäre besser ungeschrieben geblieben, denn es bestätigt, trotz aller verbindlichen Redensarten, mit denen Uncle Sam in dem Communiqué traktiert wird, daß tatsächlich der Kaiser dem ihm von einer fremden Macht präsentierten neuen Botschafter abgeminkt hat. Ohne Kanzler und auswärtiges Amt zu befragen. Den Grund verrät die „Koschke“. Er hat nach diesem Blatte mit der Persönlichkeit Hills nichts zu tun, ist lediglich in dem rein äußerlichen Umstände zu suchen, daß Hill nicht die finanziellen Mittel besitzt, um in einer der Weltmächte der Vereinigten Staaten entsprechenden Weise in Berlin einzutreten. Der Kaiser ist der Ansicht — und dieser Ansicht ist auch in dem Schreiben Towners Ausdruck gegeben —, daß das Prestige Amerikas in Deutschland darunter leiden würde, wenn der Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin nicht in der Lage wäre, den hohen Rang, den sein Land unter den Nationen einnimmt, auch äußerlich zur Geltung zu bringen.

Daran ist kein Zweifel: der deutsche Kaiser meint es mit den Amerikanern gut, das Herz macht beredt; will, Prunk und Pracht sollen dominieren darauf hindeuten, daß die Vereinigten Staaten, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, schon durch den Glanz des Botschafterpalais in Berlin verblüffen; das Dollardollar ist, trotz aller Kränke auf dem Kapitalmarkt, nach wie vor das reichste auf dem Planeten geblieben. Anders die Amerikaner. Ihre demokratische Weltanschauung schätzt das goldene Ausbündel nicht so sehr, wie es die europäischen Könige schätzen. Der Botschafter soll — so wollen Sie's — der Repräsentant ihrer Republik sein, soll das kommerzielle und politische Prestige des Landes zum Ausdruck bringen, — er soll den Geist der Machtvollkommenheit, in dem sich der Amerikaner so gern sonnt, sobald das Sternensbanner auf seinem Hause flattert. Der Amerikaner will den Diplomaten in Hemdärmeln, will die Eisenknoten gebrauchen, ohne Rücksicht auf Gradnähe; nehmst du mich gern ein bisschen mit Gold und Reichthum, doch das nur in den sogenannten Feiernstunden. Nach Vermögen wird bei amerikanischen Offizieren und solchen, die sich der diplomatischen Karriere widmen, nicht gefragt. Heiratenskonsens und Heiratskautelen sind drüben unbekante Dinge. Wer Talent hat, springt hinein in die Karriere. Das große Portemonnaie wird nehmst du akzeptiert, aber nicht verlangt, ein jeder mag zusehen, wie er fertig wird! Die grandiosen römischen Aufschneidung des deutschen Kaisers, das Ansehen des Weißen Hauses in Washington nur dann einen Reiz gewonnen in dem Salons der Berliner Diplomaten finden könne, wenn Mr. Hill starken äußerlichen Aufwand treibe, und daß der, der dazu nicht imstande ist, sich nicht wohl fühle, wird in der amerikanischen Presse sicherlich wenig

beifällig kommentiert werden. Nach dem Lord Tweedmouthbriefe dürfte man die Towner-Hill-Affäre in ausgiebiger Weise zur Stimmungsmache gegen Deutschland ausbeuten. Dabei vergehen die Stimmungsmacher aber drüber, daß eben erst im Reichstage beim Etat „Auswärtiges Amt“ von den Volksvertretern der Beruf gemacht ist, auch dem schlichten Bürgerlichen das goldene Tor aufzuschließen, das nach der diplomatischen Karriere führt. Freilich, viel gehoffen hat's nicht, denn der Beschleiher Herr von Schön, der Sohn eines geachteten Wormser Lederfabrikanten, meinte, in der Diplomatie wäre das größte Portemonnaie nicht zu entnehmen. Damit ist der Talentvollste, wenn er nicht sehr vorsichtig in der Wahl seiner Eltern gewesen, kaltgestellt.

Die Amerikaner und der Fall Towner-Hill.

Die „Frankfurter Ztg.“ verbreitet eine Washingtoner Meldung, in der es heißt: Das Zugeständnis der Wilhelmstraße, daß der Kaiser Zweifel hegte, ob Hill in Berlin heimlich werde, erregt nur wenig Erläuterung; man habe es seit Sonnabend erwartet. Trotzdem halten die maßgebenden Stellen offenbar weniger, den Kaiser als Towner für den unerfreulichen „Mittler“ für verantwortlich. Dagegen empfindet die Öffentlichkeit die kaiserlichen Äußerungen als eine Einmischung, die geeignet sei, die keimende Vereinigung für Deutschland erheblich zurückzuhalten. Die Amerikaner sind seit jeher stolz auf Gelehrte als diplomatische Vertreter und empfindlich gegenüber der Auffassung, der Botschafter müsse mit Notwendigkeit ein Millionär sein. Telegraphisch wird uns zu der Affäre noch berichtet:

Washington, 31. März. Um den Hill-Zwischenfall zum Abschluss zu bringen, besuchte der deutsche Botschafter Freiherr Sped von Sternburg gestern abend auf Verabredung den Präsidenten Roosevelt. Als Ergebnis der Konferenz wird folgende Note ausgeben: Im Anschluß an die bereits vom deutschen Auswärtigen Amt veröffentlichte Mitteilung hat auch der deutsche Botschafter der Bundesregierung die Versicherung übermittelt, daß niemals eine Intervention in dem Grenzpunkt gegenüber Hill und der herrschenden Bereitwilligkeit, Hill in Berlin willkommen zu heißen, eingetreten sei. Ferner sind einige Äußerungen, die im gelegentlichen Gespräch gemacht wurden, entziffert und übertritten worden, so daß ein vollständig irrtümlicher Eindruck von der ganzen Angelegenheit herorgehoben wurde. Die beiden Regierungen haben niemals an diesem Mißverständnis teilgenommen. Bei der Wahl Hills ist die Erwägung ausschlaggebend gewesen, daß er unter allen Beamten des diplomatischen Dienstes als der am meisten geeignete erschien für diese besondere Stellung, eine Stellung allerersten Ranges, an Ehren sowohl wie an Verantwortung, bei welcher man deshalb auch wohl darauf achtet, daß dorthin ein erfahrener Diplomat und bewährter Redner, eine Autorität in Sachen des internationalen Rechts, und ein Kenner des Deutschen sei. Es wurde, bei gleichem Gehalt als Mitarbeiter des Staatssekretärs John Hay gearbeitet und als Gelehrter im Auslande nachgehender zwei Voten bekümmert hat, auf deren letzterem er im Haag bemerkenswerte Dienste leistete. Diese Absicht wird und wurde stets vom Kaiser

persönlich und von Deutschland im vollen Umfange anerkannt. Der Regierung lag im Falle Hill ganz besonders daran, zum Ausdruck zu bringen, daß der Besitz nur beschreibender Mittel kein Hindernis für die Beförderung zu den höchsten Stellungen bildet, und deswegen bedauert sie so außerordentlich, daß der Kongreß es unterließ, für die auswärtigen Botschafter angemessene Dienstwohnungen zu bewilligen. Diese Unterlassung wirkt direkt zu Gunsten reicher Männer und ermöglicht so außerordentliche Kontrolle in dem Aufwand zweier nachsander folgender Inhaber beschriebener Posten. Die noch nicht notifizirte Ernennung Hills zum Botschafter in Deutschland wird in Uebereinstimmung mit dem gestern abend gebilligten Plan morgen dem Senat zu gehen. Für die Zurückberufung Towners ist ein Zeitpunkt noch nicht festgesetzt, doch erwartet man, daß Hill ihn im Anfang des Monats Mai verlassen wird.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.
— Wie verlautet, wird der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Herr v. Tirpitz, nach Abschluß der Staatsberatung ins Herrenhaus berufen werden.

Die Budgetkommission des Reichstages
gestern die Beratung der Ergänzungssätze für die Schulpflicht und nahm eine von Derenburg begründete Forderung auf Bewilligung von 10 Millionen zur Fortführung der Wambarschahn von Wombis bis zum Randenstuf an, ferner 250 000 M. zur Vernehmung des Hauptparcs der Wambarschahn und Aufstellung eines Drehturms in Tanga an. Die Budgetkommission nahm schließlich den ordentlichen Etat an.

Der Kompromißantrag zum Börsengesetz
wurde in der gestrigen Sitzung der Börsenkommission des Reichstages nach dem Vorschlage von Weber und Genossen bis zum Paragraphen 12 angenommen. Zu der Terminfähigkeitsfrage der in das Handelsregister eingetragenen Kräfte und kleinen Handwerker erklärte Minister Dr. Debes, daß im allgemeinen nur Vollkaufleute in das Handelsregister eingetragen werden sollten. Die Eintragung der Handwerker und Kleinkaufleute würde eine Ausnahme. Die verbündeten Regierungen glaubten deshalb, um eine Einigung zu erzielen, auf ihrer Vorlage nicht bestehen zu sollen, um so mehr, als sonst leicht das ganze Gesetz scheitern könne.

Für die Gleichberechtigung der höheren Schulen.
Eine Eingabe an den Kultusminister haben die Vorstände des Vereins deutscher Ingenieure, des allgemeinen deutschen Realisimännervereins, des Vereins zur Förderung des lateinischen höheren Schulwesens, des Vereins für Schulkultur und des Vereins deutscher Chemiker geleistet. Die Vereine geben darin gemeinsam ihren Wünschen zur Fortführung der Schulreform folgenden Ausdrück:

Die Gleichberechtigung der drei höheren Schulen ist vollständig durchzuführen. (Gegenwärtig besteht noch ein Vorrecht der Gymnasien für das Studium der Theologie.) Im Interesse einer als notwendig anerkannten früheren Berücksichtigung moderner Wissenschaften, der Naturwissenschaften und der neueren

Feuilleton.

Vom 1. April.

Ein reicher Kranz von Legenden und Volksmeinungen umrankt den ersten Tag des launigen Aprilmonats, der von altersher das Privileg hat, den einjährig erscheinenden Gang der Wochen und Monate, die Sorgen und den Ernst des Lebens als ein neckischer Kobold zu verhöhnen und zu verspotten. In Andersens Märchen entfaltet die bunte zusammengewürfelte Gesellschaft der Monate einer ungehörigen Postulats, und in der Schar der Zwölf erscheint Freund April als ein übermüthiger, toller, lustiger, lebensfreudiger Burlesk, dessen sprühende Laune sich sofort in einem lustigen Aprilscherz äußert. Viele leben noch heute in dem alten Recht, am 1. Apriltage unter den Freunden allerhand lustige Verwirrungen zu stiften und die Gutgläubigkeit der Dalesnismen ein wenig ad absurdum zu führen, eine Parallele zu der launigen Wetterverwechslung des unberechenbaren Monats, dessen grüner Trübe es zu sein scheint, mit fröhlichen Sonnenstrahlen die Schönen mit ihren lächelnden Grünschnitzleuten ins Freie zu locken, um sie dann in grausamer Bosheit mit einem jähen Regenschauer in Not und Pein zu stürzen. Andere leben in dem 1. April den Geburts- und Todestag des Erzechelmen Judas, und mit Ritzwaren ermarken sie das Zwiebelbrechen des unheilvollen Tages, das alles Vertrauen mißbraucht und aller Glaube betrogen wird, Auch Noah wird als Hüter für die Sünde des Indenaprilstidens herausgehoben, der irrtümlich eine Taube ausliefern ließ, bevor das Wasser gefallen war, und zwar am 1. Tage eines Monats, der unterm April entpflirzt. So war er ohne es zu wollen, der erste, der am 1. April einen unaussprechbaren Auftrag erteilte, und die lustigen Witzbolde, die ihren Witzweihen an diesem Tage so gern zum Opfer eines harmlosen Scherzes machen, berufen sich auf den Auftrag, den Noah seiner Zeit der Taube erteilte. Eine andere Version führt den Brauch auf das Hin-

und Herhsiden Christi von Kaipas zu Hannas zurück, und die Passionsspiele des Mittelalters, bei denen diese Szene dargestellt wurden, mögen manches dazu beigetragen haben, die Volksseele mit dem Aprilscherz zu befruchten. Denn im Altertum war die Sitte unbekannt, und Grimm nimmt an, daß sie erst in den letzten Jahrhunderten aus Frankreich nach Deutschland verpflanzt wurde. Man hat in ihr viele kleine entstellte Ueberreste eines alten heidnischen Festes zu sehen, wahrheitsgemäß eines festlichen, das zu Beginn des Frühlings gefeiert wurde. Es ist heute kaum mit Sicherheit zu entscheiden, ob die Sitte des Aprilscherzes vom Volke in die Paläste drang, oder umgekehrt; aber schon zur Zeit Ludwigs XIII. waren am Hofe allerlei Zolleiten und Zeremonien am 1. April erlaubt, und alles amüsierte sich über einen Prinzen aus dem Hause Lothringen, der sich mit seiner Gattin als Bauer und Bäuerin verkleidete und auszog, die Schildwachen zu foppen. Meiner der Ehrgeiz der modernen Hisholde begnügt sich nicht mehr ausschließlich mit den harmlosen kleinen Scherzen, die ehehem noch gäbe waren und in den ländlichen Bezirken noch heute ihre Zugkraft bewahren. Da schickt der Obernacht den Stallbuben zum Krämer, um Dutzendstücken einzuholen, leuchtgläubige Mädchen verlangen in der Apotheke für einen Großen Vorchennisch und Dromastuse, wie ihn die Mutter Gottes Maria gerufen, und untermeinte Qualitäten machen am 1. April immer wieder von neuem den Versuch, sich durch gute Freunde einige Tropfen von dem wunderwirkenden, ach so seltenen Mauererweiss zu verschaffen. Mit der Entwicklung des Zeitunswesens ist dann auch der Ehrgeiz erwacht, mit einem einzigen Scherz möglichst viel Gutgläubige zu raschüren, und es ist oft erstaunlich, wie zäh und beharrlich bisweilen solche Aprilscherze fortwirken, ehe ein heller Kopf sie entlarvt. Vor einigen Jahren leistete sich ein französischer Student einen Scherz, der längere Zeit der Gegenstand eifriger Diskussion gewesen. In einem Pariser Blatte annoncierte er die Mitteilung, daß er auf den Höhen des Montmarre einen verwitterten Stein mit der räthselhaften Inschrift: „CE STI CI LEO HEM IND ESAN ES“ entdeckt habe. Die geheimnisvolle Inschrift verwirrte die Gelehrsamkeit aller französischen Archäologen, und

die ganze Weisheit der Academie des Inscriptions war außerstande, den Sinn dieser fremdartigen Worte, die keinem Diodot anzugehören schienen, zu deuten. Die Rätsellöser machten sehr lange Gesichter, als der Entdecker der Inschrift schließlich den Schlüssel fandete: „C'est ici le chemin des anes“ (Dies hier ist der Weg für die Esel). Eine gelungene Ausföhrung vollbrachte im Jahre 1835 die New Yorker „Sun“. Sie brachte einen langen Aufsatz über ein wunderbares neues Telephon, das Hirschel und Brewster erfunden haben sollte und mit dem es gelungen sei, die kleinsten Gegenstände auf dem Monde zu erkennen. Basaltfelsen mit Wohlriechen waren beobachtet worden, Federn, Bäume, grüne Käfer, Tiere, die Feuerlöcher glichen, ein Einhorn, Beckfame, und was das Wunderbarste vor allem war: ein seltsames Wesen von der Gestalt eines Orangutang mit riesigen Aedermansfüßeln, das „Vespertilio homo“ getauft wurde. Alle färbenden Blätter gingen in die Falle und ergrüneten erstickt die Konsequenzen dieser Entdeckung, die sich erst Monate später als ein Aprilscherz von K. A. Vode erwies und die von allen Blätter angekniffen, „neue Aera der Wissenschaft“ junichte machte. Und schließlich ist auch Edison, der große Forscher, einmal der Held eines gelungenen Aprilscherzes gewesen: man kann nicht leugnen, daß seine Art, seine neuen Entdeckungen anzukündigen, viel dazu beigetragen hat, daß der Spaß so erfolgreich war. Im „New York Graphic“ erschien am 1. April die Ankündigung, Edison habe eine Maschine hergestellt, die Getreide aus Erbe zu bereiten und Wein aus Wasser zu machen imstande wäre. Die Weltbühne ging in die andere Blätter über, und die Zeitartikler flossen über von bereitem Lob des genialen Erfinders, den sie zu seiner revolutionären Entdeckung beglückwünschten, durch die die Schwierigkeiten des Lebens für unzählige Millionen gelöst wären. Der „New York Graphic“ druckte eine Anzahl dieser überhensigenheitigen Zeitartikel ab und schrieb satirisch darüber: „Sie belien an.“ Erst jetzt merken viele, daß sie auf einen Aprilscherz hereingefallen waren.



Beamten und Lehrern könne nicht gezogen werden, da für die Lehrer in erster Linie die Gemeinden zu sorgen haben.

Kultusminister **Holle** betont ebenfalls, daß es Willst der Gemeinden sei, für die Teuerungszulagen der Lehrer zu sorgen. Der Staat wolle aber an Stelle der Gemeinden den Lehrern vorzugsweise die Zulage gewähren. Für die Geistlichen haben die Kirchenbehörden in Aussicht genommen, aus kirchlichen Mitteln größere Mittel flüssig zu machen.

Hg. Dr. Dierhoff (frk.) betrachtet die Vorlage nur als einen Notfall.

Kultusminister **Holle** betont, daß dort, wo die Eingelobung der erhöhten Kirchensteuer nicht rechtzeitig erfolgen kann, wohl die Altersausnahme für Geistliche zunächst einspringen könne.

Hg. Kopke (fr. Sp.) findet in der Vorlage eine Benachteiligung der Industriebeiräte und der großen Städte. Die Zulagen dürfen nicht in einer Form gewährt werden, die sie als Anreize erscheinen lassen. Bei den Lehrern nehme man die untere Gehaltsstufe, bei den Beamten die Höchstgrenze. Kein preußischer Volksschullehrer erreiche ein Gehalt von 4200 Mark. Den Gemeinden lasse man die Freiheit, für die Lehrer zu sorgen. Von ihrer Freiheit der Gemeinden spreche man nur dann, wenn man ihnen Zahlen auferlege. (Beifall links.)

Hg. Ernst (fr. Bgg.): Alle Parteien sehen in der Vorlage nur Stillwehr. Eine große Zahl von Lehrern betrachtet die Vorlage als eine Enttäuschung.

Hg. Werner (frische Ref. P.) meint, daß die Sinausschiebung der Gehaltsvorlage Bestimmung unter den Beamten erregen müßte.

Hg. Mallesing (kon.) verlangt, daß der Kreis der Lehrer, die die Zulage erhalten sollen, erweitert werde. Die Zulagen dürfen nicht die Form von Trübsalreden annehmen.

Hg. Schröder-Cosel fällt es ebenfalls für nicht angängig, daß 35 000 Lehrer ohne Zulagen bleiben sollen. Es müsse zur Unzufriedenheit führen, wenn Beamte keine Teuerungszulage erhalten, nur weil sie 1907 aufgespart worden sind.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Die Vorlage wegen des

Naturlichen Kanals

wird in zweiter und dritter Lesung mit einer Resolution angenommen, in welcher die Regierung ersucht wird, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob nicht, um die ungünstige Lage von Ostpreußen auszugleichen, die Eisenbahntarife für Kohlen und Braunkohle aus Oberschlesien und für Düngemittel außer Rati, sowie von Magerfeld nach Sachsen und Schleswig-Holstein zu ermäßigen seien.

Es folgt die Besprechung der Vorlage betr. die

Rechtsverhältnisse der Altflureraner.

Während bisher nur die Altflureraner sich zu Gemeinden zusammenfassen konnten, denen die Rechte einer juristischen Person zutamen, sollen künftig auch der Gesamtorganisation der Altflureraner die Rechte einer juristischen Person verliehen werden. Die Vorlage wurde nach kurzer Aussprache in erster und zweiter Lesung angenommen.

Mittwoch 1 Uhr: Seftandbahnvorlage.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Herrenhaus.

10. Sitzung vom 31. März.

Im Ministerrat: **Verleiden**, Präsident **Frhr. v. Mantel** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min.

Die Staatsberatung

wird vorgelagt beim Etat des Bureaus des Staatsministers

Prof. Dr. Hildebrandt-Breslau bekundet seine Zufriedenheit mit der vom Hause befandenen Ablehnung der Verleidenung des Reichstagswahlrechts für Preußen. Das Dreiklassenwahlrecht sei ein Vollenbrecher gegen die demagogische Klug. Die demagogische Agitation werde nicht eher aufhören, als nicht Männlein und Weiblein um 20 Jahre ab das Reichswahlrecht in die Hände und den Einzelstaaten und in den Kommunen erhelten.

Graf Mirbach betont, daß die Fortschrittspartei früher durchaus mit dem Dreiklassenwahlrecht einverstanden gewesen sei.

Prof. Voening - Halle

behauert die Verleidenung der Beamtenselbstreform. Ueber das preußische Wahlrecht müßte die Rechte folgen: quiesca non movere. Der erste Antrag, das Reichstagswahlrecht für Preußen einzuführen, wurde im Jahre 1869 vom freisinnigen **Hg. v. Kardorff** gestellt und **Bismarck** stellte damals eine Vorlage in Aussicht, durch die größere Heberenteinmischung zwischen dem Reich und Preußen herbeigeführt werden solle. Man meinte die Bewegung für Abänderung des preußischen Wahlrechts zu unterschätzen. Ich wiederhole meine Heberzeugung: Unser Wahlrecht ist unmaß und ungerecht. 91 Proz. der Wähler können nicht zu ihrem Recht. Durch das indirekte Wahlverfahren wird das Interesse an der Wahl abgeschwächt und so haben wir denn auch stets eine schwache Beteiligung an unseren Landtagswahlen. Die Verleidenung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse muß eine Wahlrechtsänderung nach sich ziehen. Kommt es im Abgeordnetenhaus zu einer Verständigung über ein geheimes und direktes Wahlrecht, so wird sich hoffentlich auch im Herrenhause eine Mehrheit dafür finden.

Oberbürgermeister Struermann-Hildesheim: Prof. Voening's Urteil, das preußische Wahlrecht sei ungerecht und unmaß, ist scharf, aber nicht zu scharf. Die geheime Wahl muß gefordert werden; der Zeitpunkt für die Reform ist da. Das Reichstagswahlrecht für Preußen ist nicht angezeit.

v. Buch wendet sich gegen die Forderung freier Eisenbahnfahrt, die das Abgeordnetenhaus aufgestellt hat. Die Parlamente wollten ihre Rechte erweitern, sie bauten sich große Paläste mit viel zu großen Prädialwohnungen, wollten den Präsidenten Repräsentationsgelder bewilligen und nun auch noch freie Fahrt für die Parlamentarier haben! Das Anstandsgefühl wird trotz aller gegenteiligen Versicherungen die Herren nicht abhalten, auf Staatskosten Vergünstigungen zu bereiten zu machen - da würde ich nicht einmal meinem eigenen Anstandsgefühl trauen! (Heiterkeit.) Meine Freunde lehnen die freie Eisenbahnfahrt ab. (Beifall rechts.)

Prof. Dr. Hildebrandt-Breslau betont, es fehlten im Abgeordnetenhaus christliche Arbeiter. Diese sollten sich mehr an den Wahlen beteiligen.

Frhr. v. Quies schließt sich mit Rücksicht auf den Mißbrauch, der von Abgeordneten in den 70er Jahren mit den damals bestehenden Freisparten getrieben wurde, Herrn v. Buch an.

Oberbürgermeister Vender-Breslau bemerkt, das Kommunalwahlrecht sei erheblich besser als das Landtagswahlrecht. Infolgedessen seien in den Stadtparlamenten auch Arbeiter, die man dort brauche wie das liebe Brot. Dem Dreiklassenwahlrecht, das dem platten Lande vier bis fünfmal soviel Macht gibt als den Städten, verdammen wir eine Fülle schlechter Gesetze.

Prof. Dr. Hildebrandt-Breslau erwidert, die beiden in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung sitzenden Arbeiter

hätten nur zur Verleidenung und Verleiden der Debatte beige tragen. **Oberbürgermeister Vender-Breslau** tritt dem entgegen und verteidigt die Unparteilichkeit des Breslauer Magistrats gegen die ewigen Angriffe von konserverativer Seite.

Beim

Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten

empfiehlt **Graf Hutten-Chapski** den Bau eigener Häuser für die preußischen Gesandtschaften, wie das in Rom und München bereits der Fall ist.

Ein Regierungsminister erklärt die Zustimmung der Regierung zu diesen Anträgen.

Beim

Eisenbahnetat

nennt **Graf Mirbach** die Personalarreform eine kolossale Verleidenung des Budgets und stimmt der Verleidenung der Eisenbahnhüberbrücke für die allgemeinen Staatsbedürfnisse zu. Die Bahnverwaltung sollte im Interesse der Erhöhung ihrer eigenen Einnahmen auf eine zweckmäßige Ausgestaltung des Tarifs Bedacht nehmen.

Minister Breitenbach erklärt sich damit einverstanden, daß der Finanzverwaltung ein weitgehender Einfluß auf die Eisenbahnverwaltung eingeräumt werden müsse, ein Einfluß, der freilich nicht soweit gehen dürfe, daß der Bahnverwaltung die zum ordentlichen Betrieb nötigen Mittel entzogen würden. Er erkenne an, daß das Finanzministerium im Gegensatz zu früheren Jahren der Bahnverwaltung keine solche Sparmaßnahme aufzuegeben, weder bei der Personalarreform noch bei der Beamtenaufbesserung. Die Fahrkartenerhöhung, die an den Grafen Mirbach befallenen Nachteilen der Personalarreform fast ausgleichend schuld sei, werde wohl bald zweckmäßig reformiert werden. Die weitere Ausgestaltung der Eisenbahntarife werden wir im Auge behalten.

Graf Roon erklärt die Arbeiterwohlfahrten für eine ungerichte Benozugung.

Minister Breitenbach verteidigt die Verleidenung der Arbeiterwohlfahrten mit sozialen und wirtschaftlichen Gründen, und erwidert auf eine Bitte des Bonner Oberbürgermeisters **Spiritus**, Bonn auch im rechtsrheinischen D-Bezirk mehr zu berücksichtigen: Bonn habe zu Klagen keinen Anlaß.

Beim

Justizetat

erklärt Justizminister **Becker** auf Anfrage des Referenten, die Regierung erwäge die Möglichkeit einer Verminderung der Kollegienmitglieder.

Professor Dr. Jörn-Bonn beklagt die unzureichende Vorbildung unserer Juristen. Der Redner erörtert das Prüfungsverfahren, bei dem zu wenig Rücksicht auf das Staatsrecht und die Nationalökonomie genommen werde und spricht dann als Süddeutscher seine Bewunderung für die Verdienste Preußens um Deutschland aus. Das Blut gerate ihm manchmal in Wallung, wenn er süddeutsche Angriffe gegen Preußen höre. Der Redner tritt dann für Verlängerung des akademischen Trienniums der Juristen auf 7 Semester ein.

Prof. Voening-Halle

bestimmt die Einführung von Kaufarbeiten für die erste juristische Prüfung. In der mündlichen Prüfung sollte das öffentliche Recht nicht zur Geltung kommen. Ein siebentes Semester will ich nicht so scharf fordern, da die Gefahr des Verbummelns doch besteht. Mit drei Jahren ist das Ziel wohl zu erreichen.

v. Puttkamer und **Graf Mirbach** beschwören sich über Auswüchse des Automobilismus.

Frhr. v. Schönau-Carolath erhebt Forderung dieser Auswüchse von dem nach Osnabrück und Westfalen zu verabschiedenden Automobilpflanzgesetz, wendet sich gegen die Anlage der geplanten Automobilbahn im Taunus und fordert sorgfältigere Prüfung der Zuverlässigkeit der Chauffeure.

Minister v. Nolde: Er ist zwar nicht der eigentliche Automobilminister, das sei Herr Breitenbach. Aber die preußische Regierung könne nichts dafür, wenn das Automobilgesetz vom Reichstag nicht verabschiedet wird. Die Taunusbahn liege im öffentlichen und mittleren Interesse. Er hoffe, die Zeitungsnachricht von dem Entschlusse der Chauffeure, nicht schneller zu fahren als es polizeilich erlaubt sei, werde sich bestätigen.

Oberbürgermeister Struermann bringt das Wortkündel zur Sprache und fordert fauliches Eingreifen gegen dieses Treiben, das sich als grober Anflug darstellt. (Der Redner wird mehrfach durch Schlußrufe unterbrochen.) Das Herrenhaus sei der geeignete Ort, hier Wandel zu schaffen. (Beifall.)

Minister v. Nolde: Das Wortkündel bedeutet zweifellos eine Verleidenung der Zuden, aber nur dann, wenn Zuden zugegen sind, sobald es gelungen wird. In jedem Falle aber ist der Gehang des Redes eine große Angehörigkeit (Beifall), zu der nicht einmal **Nolde** gehört. (Sehr wahr!) Die zühändigen Behörden sind angewiesen, mit allen geeigneten Mitteln gegen diese Angehörigkeit vorzugehen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Struermann begrüßt diese Erklärung.

Ein Verleidenungsantrag Voening wird abgelehnt.

Oberbürgermeister Wilms fordert ein statistisches Amt für Polen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Etat des Ministeriums des Innern genehmigt. Ein neuer Verleidenungsantrag wird angenommen. Ein Antrag **Puttkamer**, eine Abend Sitzung abzuhalten, wird abgelehnt.

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch 12 Uhr: Rest der Staatsberatung, Antrag **Hoffeld** betr. Verwaltungsreform, kleinere Vorlagen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Ausland.

Der Sprachenstreit in Eger.

Aus Wien wird gemeldet: In der fortgesetzten Beratung des Justizbudgets betonte der Justizminister, daß er bestrebt sei, den Bedürfnissen der verschiedenen Volksstämme tunlichst Rechnung zu tragen. Auf den Sprachenstreit in Eger übergehend, widerlegte der Minister die ihm hierbei gemachten Vorwürfe und verwies auf die langjährige, vom obersten Gerichtshof geübte Praxis, nach der die Bestimmungen über die äußere Amtsführung der Justiz für die Gerichte unterliegen. Ein Einriß der Justizverwaltung sei mit Rücksicht auf die durch die Staatsgrundgesetze gewährleistete Unabhängigkeit der Richter unmöglich. Weiter wies der Minister auf die politischen und wirtschaftlichen Nachteile der tieferbaurischen Kontroverie über die Sprachenfrage hin und betonte bringend die Notwendigkeit, Normen zu schaffen, die inhaltlich für beide Teile annehmbar seien und durch genauere Bestimmungen über den Sprachgebrauch den alten stets wiederkehrenden Streitigkeiten ein Ende bereiten sollen. Es wäre ausschließlich, klares Sprachengeß sei der einzige Weg, um eine ruhige gleichförmige Praxis zu erzielen und Rückwirkungen

politischer Bestrebungen auf die Tätigkeit der Gerichte abzuwehren. Die gleichen Gründe gelten für die Notwendigkeit der gleichmäßigen Regelung der inneren Amtssprache.

Der Streit um die Wäse Jolas

toht von neuem, dank der agitatorischen Tätigkeit, die eben die Partier nationalistischen Zirkel entfalten, die das flammende „Jalousie“ des mutigen Mannes nicht vergessen können. Vorgelien fand in der französischen Hauptstadt wiederum eine Demonstrationsschmiede gegen Jolas Heberführung ins Paradies statt. Unter dem Namen Jolas befanden sich u. a. der Herzog von Lannes, die Gräfin **Ma Ma Hon**, der Akademiker **Bozaine** u. a. nationalistische Persönlichkeiten. Es wurden natürlich sehr heftige Reden gegen Jola geführt. Die Verleidenung schloß mit dem Rufe „Nieder mit Jola!“ Nach der Verleidenung kam es zu den üblichen Zusammenstößen mit der Polizei.

Die falsche Schildmache.

Als König **Manuel** seinen gemöhnlichen Morgenpaziergang in Lissabon unternahm, fiel ihm eine Unregelmäßigkeit im Verhalten des latinerischen Nachtröfrens auf. Der König rief den Chef des Militärkontos, General **Lopez** herbei und beauftragte ihn, den Sachse auf den Grund zu gehen. Es stellte sich alsbald heraus, daß der Nachtröfren kein Soldat der Armee war. — Sein Recht und weitere Nachforschungen ergaben, daß er der „Gesellschaft vom Schmarzen Kreuz“ angehört, demselben Geheimbund, dessen Mitglieder auch die beiden erschossenen Königsmörder **Buico** und **Da Costa** waren. Der Vorfall hat ungeheure Erregung im Palast hervorgerufen. Sämtliche Palastwachen sind sofort verhärtet worden.

Barocko.

Admiral Phipps erwidert, daß der Gouverneur von Agemmur, **St. Aliff**, die Chidenas, die sich kürzlich dem General **Madame** unterworfen hatten, angegriffen hat. Die Mahalla von **St. Aliff** wurde von den Chidenas unterhüt. Gegen Ende des Kampfes fiel **St. Aliff**, der Kad der Chidenas.

Halle und Umgegend.

Halle a. S. 1. April.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Der Halle'sche Bürgerverein hat beschlossen, zu der bevorstehenden Stadtverordneten-Ergänzungswahl den Privatdozenten **Herrn Dr. Steinbrück** als Kandidaten der 3. Abteilung zu präsentieren.

An der Kandidatur des Herrn **Dr. Steinbrück** wird festgehalten, weil die Gründe, die seiner Zeit zur Ungültigkeitserklärung seiner Wahl geführt haben, inzwischen beseitigt sind.

Es ist anzunehmen, daß die Kandidatur des Herrn **Dr. Steinbrück** von allen bürgerlichen Wählern kräftig unterstützt wird.

Einen niederträchtigen „Preislerer“

leistet sich das hiesige sozialdemokratische Organ. Es verbreitet die Nachricht, der neue Parteisekretär der Freisinnigen in Halle, unser bisheriger Kollege **Herr Dr. Wichmann**, habe der sozialdemokratischen Parteilung ein Kompromiß angeboten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß anderwärts tatsächlich eine ganz geringe Gruppe Liberaler, die Anhänger **Dr. Warth's**, in völliger Verleidenung der politischen Verhältnisse prinzipiell ein Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten empfehlen, so erscheint der eigenartige „Schery“ des „Volksblattes“, dem es jetzt anscheinend gar sehr an Wäg gebracht, in dem Lichte eines gefälligen persönlichen Angriffs.

Für Leute, die den Charakter der Notiz nicht gleich erfasst haben sollten, sendet uns **Herr Dr. Wichmann** folgende Erklärung:

Halle a. S. 31. März 1908.

In der unter dem 1. April veröffentlichten Notiz des „Halle'schen Volksblattes“ über eine unerwartete Erwählung der hiesigen Liberalen bei den Landtagswahlen handelt es sich natürlich um nichts anderes, als um einen sehr beliebigen „Preislerer“. Ich habe weder an die hiesige sozialdemokratische Parteilung einen Brief geschrieben, noch auch jemals mündlich ein Kompromiß mit der Sozialdemokratie empfohlen. Die in dem Artikel des „Halle'schen Volksblattes“ gemachten Angaben sind von Anfang bis zu Ende freie Erfindung. Hochachtungsvoll
Dr. Wichmann.

Internationale Ballonfahrt. Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonfahrten statt. Es steigen Drachen, bemantel oder unbemantelte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf. Der Finder eines jeden unbemantelten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Verband Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine. Der vergangene Sonntag hat nunmehr Aufschluß darüber gebracht, wer an den Endturnen um die mitteldeutsche Verbandsmeisterchaft teilzunehmen berechtigt ist. Dies sind nach den Ergebnissen des letzten Sonntags Halle'scher Fußballklub von 1896 (Saalegau), Fußballklub „Rader“ Leipzig (Gau Nordwestfalen), Wandebuerer „Victoria“ von 1896 (Mittel-Gebirg) und Chemnitzer Ballspielklub (Südwestfalen). Der letztere schloß am Sonntag ganz überraschend den Dresdener Sportklub mit 3. 4. den Verein, in dem man vielfach den künftigen mitteldeutschen Meisterklub zu sehen glaubte. Die Niederlage der Dresdener kommt um so überraschender, als man bisher nur vorläufiges von ihnen gehört hatte. Die vier nunmehr übriggebliebenen Gegner werden sich folgendermaßen gegenüberstellen: Leipzig gegen Magdeburg in Halle, Chemnitz gegen Halle voraussichtlich in Leipzig. Die Sieger aus beiden Treffen stehen sich dann im Schlußspiel (Entscheidung) um die mitteldeutsche Meisterchaft gegenüber, deren Gewinner die Berechtigung hat, an den Bundesmeisterchaftsspielen teilzunehmen.

Mittlere Reichs-Post- und Telegraphenbeamten. Unläng hat der Verein einen Unterhaltungsabend im „Kronprinz“ **Herr Storck** hielt einen Vortrag über die deutsche Kriegsmarine, der von den zahlreich erschienenen Teilnehmern mit Beifall

...aufgenommen wurde. Dem folgenden Vortrag haben die Mitglieder der beabsichtigten Badenländer Spaniens und Frankreichs, die Herr Stroch im zweiten Teile seines Vortrages behandelt. Der übrige Teil des Abends füllte ein Phonolonzert und verschiedene Teile der Singschule des Vereins aus. Herr Pianofortefabrikant Hoffmann hatte das Musikinstrument zur Verfügung gestellt und brachte selbst einige Stücke zu Gehör. — Donnerstag abend 9 Uhr gesellschaftliche Sitzung im Schützenhof, Poststraße. Tagesordnung: 1. Gesellschaftliches. 2. Bericht über die Generalversammlung des Post-Spar- und Darlehensvereins. 3. Besprechung des Postetats und der dazu eingehenden Interpellationen.

Provinzialnachrichten.

Podenfälle.

? **Gesundheit, 30. März.** Bei zwei ins hiesige Johanniter-Schwesternkrankenhaus eingelieferten russischen Saisonnarbeitern des Winterquartiers Gerichtsbezirk wurde Erkrankung an Poden festgestellt. Alle Vorkehrungsregeln sind bereits getroffen. Im Krankenhaus sind die Erkrankten in besonderer Baracke isoliert.

† **30. März.** (Podenkrankheit.) Gestern nachmittag wurde ein an den Poden erkrankter russischer Arbeiter ins hiesige Krankenhaus gebracht. Er war bisher mit mehreren Landsleuten auf der Grube von Wolf bei Gröden in Arbeit.

† **Kriem, 31. März.** (Diebstahl in der Fabrikfantine.) In einer der letzten Nächte haben Diebe der Kantine der hiesigen Maschinenfabrik Kupffelhüherte einen Hoch abgeholt und der Ralle 400 Mark entnommen.

(**Großwuchlungen 31. März.** (In den Flammen umgekommen) In der Sonntagsnacht beim Brand der Scheune des Oberamtmanns Lindner die gestrichene Arbeiterfrau Dörge. Die unglückliche Frau ist erst kürzlich von einer schweren Krankheit genesen, verfiel aber dann in eine unheilbare Gichtkrankheit. Am Sonntag abend erkrankte sie sich von ihrem Krankenlager und kurz darauf ging die Scheune in Flammen auf. Man nimmt an, daß die unglückliche Frau, nachdem sie die Scheune in Brand gesteckt hat, sich selbst in die Flammen gestürzt hat, in denen sie auch ihren Tod fand. Bei den Aufräumarbeiten fand gestern der Gatte geringe tote verorbete Leberreste, die die Gewißheit von dem schrecklichen Lode der Frau geben.

* **Jena, 31. März.** (Der Prozeß der Frau Förster-Niesche.) In der vielerörterten Privatklage der Frau Dr. Elisabeth Förster-Niesche in Weimar gegen den Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs in Jena wegen Verleumdung, begangen in dem Artikel im „Berliner Tageblatt“ „Sils Maria und Friedrich Niesche“, hat Rechtsanwält Dr. Bödel die von ihm eingelegte Bezeugung jetzt mit der Begründung zurückgezogen: Frau Dr. Förster-Niesche habe von vornherein betont, daß ihr nicht so sehr an einer Bezeugung des Herrn Diederichs gelegen sei, sondern daran, daß durch eine gerichtliche Verhandlung festgestellt werde, daß wichtige Manuskripte Friedrich Niesches verloren gegangen sind und daß die Mutter des Hippolyten nicht daran schuld ist. Dieser Zweck sei durch die Beweisaufnahme und ihren Vortrag in der mündlichen Verhandlung erreicht. Durch die große Presse des deutschen Reiches und auch des Auslandes ließe die Mitteilungen von den verlorenen Manuskripten gegangen. Angehts dieser Auffassung der öffentlichen Meinung über den Unwert des Interventus des Herrn Diederichs mit Niesches Hausmirt in Sils Maria, Herrn Durich, lege Frau Dr. Förster-Niesche kein Gewicht mehr darauf, daß Herr Diederichs wegen seiner Verleumdung bestraft werde. Sie könne dies um so leichter tun, da ja das Urteil des Schöffengerichts der Verleumdung des Herrn Diederichs jeden belebigen Charakter abspricht.

? **Bard, 30. März.** (Bankrott und Flüchtigkeit.) Hinter dem von hier flüchtig gewordenen Baumunternehmer Wärdorf ist nunmehr ein Steckbrief erlassen worden. Der Grund des Zusammenbruchs seines Geschäftes hängt eng mit dem Konkurs der Raffinerie und der Einstellung ihres Geschäftsbetriebes zusammen.

— **Teche (Altkreis), 30. März.** (Eine Marber Jagd) wird hier viel besprochen. Ein Förster hatte einen kapitalen Baumdarber in seinem Garten bemerkt, wie er sich in einen hohen Baum verfracht. Schnell waren zwei Jäger mit Hinterladern zur Stelle. Da alles klopfen nicht half, wurde der ganze Baum abgefaßt, aber auch hierdurch ließ sich der Marber nicht bewegen, sein Versteck zu verlassen. Man legte nun die Ästen zur Seite, stellte den Bahn in Ruh, um weitere Maßnahmen zu beraten. Doch kaum hatte dieses der Marber bemerkt, als er auch blitzschnell das Weite suchte, den verdächt dreinshauenden Jägern das Nachsehen lassend.

(**Bernburg, 31. März.** (Von der Erfindung des Königs.) Heute vor fünfzig Jahren erlief der damals 16jährige Schönleinfänger Sebastian Wraßka, ein geborener Bernburger, auf seiner Wanderschaft die Festung Königsstein von der Festseite aus. Von dieser fähigen Tat gibt sein Grabstein in dem Totenweg Friedhof — A. starb 1897 auf einer Reise ganz plötzlich in Dresden — Kunde.

* **Braunshweig, 31. März.** (Von der Transmissionsgerissen.) Der Arbeiter Scholz aus Gebhardshagen wurde beim Auflegen eines Treibriemens in den Portland-Zementwerken zu Wern von einer Welle erfasst, herumgeschleudert und in Stücke gerissen. Er hinterläßt eine Frau und vier unversehrte Kinder.

Kunst und Wissenschaft.

Eugen d'Albert weiß zurecht in Rom und vollendet dort die Instrumentation seiner neuesten Oper „Zegni“. Der Text des Werkes ist diesmal nach dem französischen Drama von Jorand und Epivestre der indischen Gänge entnommen und soll nach d'Alberts eigener Aussage musikalisch einen ganz anderen Charakter tragen als des Komponisten erfolgreiches Werk „Tiefenland“. Zegni ist die bekannte indische Göttin, die in Liebe zu einem Heiligen entrannte, ihn zu verführen versuchte und dabei selber zur Heiligen wurde. Die Aufführung von „Zegni“ wird voraussichtlich an der Dresdener Hofoper stattfinden.

s. **Kleine Mitteilungen.** Professor Robert Koch wird mit seiner Gemahlin von Bremerhaven aus mit dem Lloyddampfer „Konprinzessin Cecilie“ eine auf anderthalb Jahre berechnete Erholungsreise um die Welt antreten. Er wird sich zunächst hauptsächlich bei Verwandten in Nordamerika aufhalten; hierauf wird er sich nach Japan und von dort aus nach China und Vorderindien begeben. — Der Landschaftsmaler Prof. Karl Scherzer zu Charlottenburg feiert am Dienstag den 70. Geburtstag. — Wie bereits mitgeteilt, hatte der Kaiser beschließen, seinem Leibarzt Geheimrat Hingepeter ein Erbadenthal zu lassen.

Ein Entwurf Prof. E. Doepler des Jüner ist nunmehr vom Kaiser genehmigt. Ein Karmarioraphog trägt die Wäpfe des Reiches; darüber wölbt sich ein Trumhöggen in Sandstein. — In einem Kunstmuseum oder zur Bildung eines Fonds, dessen Zinsen zur Anschaffung von Kunstgegenständen dienen sollen, hinterlegt der Privatmann Wilhelm Blumhardt der Stadt Mannheim 100 000 Mark. — Das Direktorium des preussischen Instituts der Universität Berlin hat dem Deutschen Museum in München die 250 Jahre alten Originalapparate von Otto v. Guericke überlassen. Die Luftpumpe Guericke ist für die ganze Welt einer der wichtigsten Meßapparate in der Geschichte der Physik; die Versuche mit ihr bezeichnen den Anfang der experimentellen Physik in Deutschland. Am 12. März wird von dem Dänischen die französische Konsulats-Exposition auf dem „Jacques-Cartier“ unter Leitung des Kommandanten Bernard Schaeckelpe teil mit, daß dort bei herrlichem Wetter am Abend des 26. März ein Nordlicht von solcher Intensität wahrgenommen worden ist, wie solche in unseren Breiten nur selten beobachtet werden kann. — Der südbühliche Gesangsverein in Bonn veranlaßt am 27. und 28. Mai ein großes Musikfest, wozu hervorragende Solisten genommen worden sind. — Der kürzlich in Köln verstarbene Hofrat Dr. Johannes Falkenat hat durch Testament eine Stiftung mit einem Kapital von 300 000 Mark begründet, die seinen Namen tragen, in Köln ihren Sitz haben und mit den Zinsen der Unterstützung und Förderung älterer und jüngerer Schriftsteller dienen soll. Außerdem hat Dr. Falkenat seine reichhaltige Bibliothek der Stadt Köln vermacht.

Vermischtes.

Wieder ein Mord in Berlin. In dem Hause Landsberger Allee 43 in Berlin wurde die Leiche des im Hochparterre dieses Hauses wohnenden Gleichbuhlers August Richter aufgefunden. Ein Bewohner des Hauses, der um die gedachte Zeit über die Treppe kam, fand bei der Leiche den Arbeiter Ferdinand Lippmann und veranlaßte ihn, dem Fund bei der Kriminalpolizei zu melden. Da Lippmann sich mit seinen Aussagen in Widerspruch verwickelte, wurde er in Haft genommen, und Kriminalkommissar Manowski stellte fest, daß der Leiche Uhr und Portemonnaie fehlten. Da der Arbeiter Lippmann siebenmal verhaftet ist, geriet er sofort in den Verdacht, den Richter getötet und beraubt zu haben.

Aus Furcht vor Strafe in den Tod. Der neunjährige Schüler Köhner in Schmecklich hat wegen eines Streichens bestraft werden sollte, verübte Selbstmord. Man fand ihn im Kloset erhängt vor.

Durch einen Waldbrand sind von dem zum Kloster Marienthal im Keiffetal gehörigen Forst etwa vier Morgen Fichtenbestand vernichtet worden.

Die Schlächt der Bauern. In Surrheim kam es in der letzten Nacht zu einer förmlichen Schlächt zwischen Bauern und Arbeitern der Tauernbahn. Zwei Bauern sind tot, drei schwer verletzt, davon einer tödlich.

Witruß auf einer Bergtour. In Seefeld bei Lung (Niederösterreich) ist der Zoologe Dr. Erich Pflüppel von Berlin in einem Felsen abgestürzt. Dr. Pflüppel, der schon mehrere Bergtouren erlitten hatte, wurde bewußtlos in das Krankenhaus nach Wien gebracht. Pflüppel war erst vor kurzem zum Doktor promoviert und am Zoologischen Institut der Universität Berlin beschäftigt. Er befand sich auf einer Studienreise.

Familien drama. In Triest tötete sich der 41 Jahre alte Staatsbahnadjunkt Karl Bredig durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Ein tragisches Geschick trieb ihn in den Tod. Vor zwei Monaten war ihm sein lebensfähiges Töchterchen gestorben. Dieser Verlust brachte die Mutter in Verzweiflung. Die unglückliche Frau begab sich mit ihrem zweiten Kinde, einem einjährigen Mädchen, nach Abbazia und stürzte sich mit der Kleinen ins Meer. Das Kind ertrank, doch die Mutter konnte noch rechtzeitig aus den Fluten ergriffen werden. Man brachte die Arme ins Spital, wo sie in ein so heftiges Fieber verfiel, daß sie ihren Gatten nicht wieder erkannte. Erfrühter kehrte dieser nach Triest zurück und vollbrachte die unselige Tat.

Die Ravine. Im Winteral wurden drei Bauernbüschchen beim Wäldern von einer Ravine überfallen und in die Tiefe gerissen. Zwei von ihnen wurden als Leichen geborgen, der dritte wurde getötet.

Der nackte Student. Eine eigenartige Demonstration veranstaltete am letzten Sonntag in Petersburg ein Student vor dem Ministerpalais, in dem der Ministerpräsident Stolopp zurzeit wohnt. Auf dem fashionablen Sonntagslokal am Palais erliefen plötzlich ein plüscherner Student, der sich durch die Equipagen, das dichtgedrängte Publikum und eleganten Damen einen Weg zum Palais bahnte. Die Polizei verhinderte jedoch sein Vorhaben, doch erregte seine Verhaftung eine langandauernde Standalbahn. Weshalb der junge Mann mit seiner törichten Demonstration verfolgte, ist bisher nicht ermittelt. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Geistesgestörten.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Unfall auf dem Exerzierplatz.

Breslau, 31. März. (Privattelegramm.) Auf dem Sandauer Exerzierplatz ereignete sich ein schwerer Unfall, indem beim Gelpann-Exerzieren der vierten Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 6 ein Geschütz umstürzte, wobei ein Gefreiter von den Bruchstücken eingeprallt, ein Kanonier schwer und ein anderer leicht verletzt wurde. Der Gefreite ist seinen Verletzungen erlegen.

Eine „Schlächt“ an der Tauernbahn.

München, 31. März. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden aus Triest folgende: In dem benachbarten Surrheim kam es letzte Nacht zu einer förmlichen Schlächt zwischen Bauern und Arbeitern der Tauernbahn. Zwei Bauern sind tot, drei schwer verletzt, davon einer tödlich.

Beleidigung des Reichsanstalters.

Frankfurt a. M., 31. März. Die Strafkammer des Landgerichts verhandelte heute unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Anarchisten Schloßer Emil Wulch, der in einer kürzlich von sozialdemokratischer Seite veranstalteten Arbeitslosenversammlung gesprochen hatte. Er wurde der öffentlichen Beleidigung des Reichsanstalters für schuldig befunden und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Deutsche Heimarbeit-Ausstellung.

Frankfurt (Main), 31. März. Heute vormittag fand im alten Sendenbergischen Institut die Eröffnung der Deutschen Heimarbeit-Ausstellung statt. Anwesend waren Oberbürgermeister Dr. Widies, ferner von der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaftlichen Rektor Dr. Freund, sowie eine Reihe anderer Dozenten, ebenso General v. Eichhorn als Vertreter der hiesigen gemeinnützigen Vereine. Die offizielle Rede hielt der Vorsitzende des Vorstandes, Fabrikant Epstein, der in kurzen die Geschichte der Ausstellung und ihre Ziele auseinandersetzte, worauf der Vorsitzende des wissenschaftlichen Ausschusses, Professor Dr. Urdt, von der hiesigen Akademie, in längerer Rede die Organisation der Ausstellung und ihre eigentlichen Ziele schilderte. Ein Rundgang durch die Ausstellung schloß sich an.

Britisches Unterhaus.

London, 31. März. Im Unterhaus fragte Wilson (kons.), ob eine der Mächte, die den Pariser Vertrag 1856 unterzeichneten, vorge schlagen habe, ihn irgend wie abzuändern. Sir Edward Grey erklärte, die Regierung sei an keinen Verhandlungen über eine Abänderung des Pariser Vertrages beteiligt, er wisse auch nicht, daß eine derartige Verhandlung im Gange sei. Baddo (kons.) fragte, ob Deutschland über eine andere auswärtige Macht Vorstellungen wegen des neuen britischen Patentgesetzes gemacht habe. Grey erwiderte, daß Deutschland und den Vereinigten Staaten keine Vorstellungen wegen gewisser Vorschriften eingebracht, die sich auf die ausschließlich im Ausland erwirkten Patente beziehen. Birel brachte einen Gesetzentwurf betr. Gründung neuer Universitäten in Belfast und Dublin ein.

Zur Brüsseler Zudertkonvention.

Brüssel, 31. März. Die Vertreter der an der Internationalen Zudertkonvention beteiligten Mächte ratifizierten heute die neu beschlossenen Vereinbarungen, durch die die Internationale Zudertkonvention bis zum Jahre 1913 verlängert wird.

Eine belgische Volksabstimmung über die Kongofrage.

Brüssel, 31. März. Im Senat brachte heute der Senator Hanrez einen Gesetzentwurf ein, der darauf abzielt, die Kongofrage einer Volksabstimmung zu unterwerfen.

Reichsдума.

Petersburg, 31. März. Die Duma begann in der heutigen Sitzung mit der Prüfung des Budgets. Die Budgetkommission beantragte das Budget der Reichskontrolle ohne Veränderung, jedoch mit einer Übergangsformel zur Tagesordnung anzunehmen, bezwogl. die Reichskontrolle nur unter der Bedingung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit redigiert werden könne, wobei der Reichskontrolleur nicht mögliches des Ministerrats sein dürfe. Demgegenüber wies Charitonow auf die Notwendigkeit hin, daß der Reichskontrolleur im Interesse einer einheitlichen Regierung Mitglied des Ministerrats bleibe. Darauf nahm das Haus das Budget der Reichskontrolle und die Übergangsformel an.

Ein verheerender Draf in Uria.

Sydney, 31. März. (Telegramm der Deutschen Kabelngramm-Gesellschaft.) Aus Uria wird gemeldet, daß in Uria durch einen Draf eine Anzahl Fahrzeuge teils auf den Strand aufgetrieben, teils zerrümmert worden sind. Die See ist in die Hauptstraße der Stadt eingedrungen und hat erheblichen Schaden angerichtet.

Bern, 31. März. Der Nationalrat hat einem Antrage auf Schaffung eines sozial-statistischen Amtes zugestimmt.

Paris, 31. März. Im heutigen Ministerrat teilte der Kolonialminister Millies Caroz mit, daß er die Absicht habe, sofort nach Schluß der Kammer session eine Besichtigungsreise nach französisch-Westafrika zu unternehmen.

Paris, 31. März. Im Ministerrat gab der Minister für öffentliche Arbeiten Barthou bekannt, daß die internationale Konferenz in Bern, betreffend Zugangsbahnen zum Simplon, ihre Arbeiten am 12. Mai wieder aufnehmen werde. — Präsident Fallières hat ein Gesetz unterzeichnet, das die Verwendung von weißem Phosphor bei der Herstellung von Streichhölzern verbietet.

Paris, 31. März. Senat. Die Kreditvorlage für Marokko wurde von den 290 Abstimmbaren einstimmig angenommen.

Paris, 31. März. Wie in den Wandbelangen der Kammer verlautete, beabsichtigt die Regierung, die Parlements session bereits am 3. oder 4. April zu schließen.

Rom, 31. März. Der Senat nahm die Benadir betreffende Vorlage an.

Rom, 31. März. Der Kassationshof hat heute nachmittag die Klage des Reichsanwalters Rasis für unzulässig erklärt.

Madrid, 31. März. Da Ministerpräsident Maura von einer Verlängerung der Kammer session Abstand nahm, verzögerte die geeignete republikanische Minorität auf weitere Obstruktion gegen die Vorlage der Regierung. Infolge dieses Beschlusses behielten sich acht Mitglieder der republikanischen Partei ihre Handlungsfreiheit vor. „Imparcial“ glaubt, daß diese Spaltung neue Schwierigkeiten schaffen wird.

Seltingen, 31. März. Sämtliche Mitglieder der Verwaltungsabteilung des Senats beschloßen einstimmig, dem Generalgouverneur mitzuteilen, daß sie ihren Abschied zu nehmen gedenken.

Petersburg, 31. März. An Stelle des Fregattenkapitäns Fürsten Dolgourowoff ist Leutnant Bod zum Marineattaché bei der russischen Botschaft in Berlin und der russischen Gesandtschaft im Haag ernannt worden.

Sofia, 31. März. Der russische Reformvorscha g begegnete hier allgemein günstiger Aufnahme, wemgleich die leitenden Kreise an seiner Durchführung einige Zweifel hegen.

Washington, 31. März. Die Ernennung Hills zum Botschafter in Deutschland, A. W. Beauprés zum Gesandten in den Niederlanden und Spencer Eddy zum Gesandten in Argentinien ist dem Senat zugestimmt. Towers Rücktritt wird am 1. Juni erfolgen.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für das feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für den Handbetrieb: Fritz Ranz; für den Inzeratenteil: Max Knebebe; Druck und Verlag von Otto Hensel. Sämtlich in Halle a. S. — Diese Nummer umschließt 8 Seiten. — (einstufiges „Unterhaltungsblatt“).

